



Amitai Etzioni ist Professor für Internationale Beziehungen an der George Washington University/USA und bekannt für seine Arbeiten zum Kommunitarismus. Er ist Autor zahlreicher Bücher wie „My Brother’s Keeper: A Memoir and a Message“ und „From Empire to Community: A New Approach to International Relations“. Die Begriffe „Responsivität“ und „Verantwortungsgesellschaft“ wurden maßgeblich durch seine Werke geprägt. Neben seinen wissenschaftlichen Aktivitäten war Etzioni u. a. für den ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter als Berater tätig.

DIE DRITTE INDUSTRIELLE REVOLUTION: POLITISCHE HINDERNISSE

Die Herausforderungen, denen wir durch zahlreiche Umweltveränderungen gegenüberstehen (z. B. die Erderwärmung, Wasserknappheit und die zunehmende Erschöpfung nicht erneuerbarer Ressourcen) erfordern grundlegende Änderungen in der menschlichen Lebensweise. Um diese Wandlungsprozesse auf den Weg zu bringen, müssen große Opfer erbracht werden. Diese Opfer umfassen unter anderem den Verlust wirtschaftlicher Ressourcen, Änderungen persönlicher Lebensstile, psychologische Anpassungen (beispielsweise über die Wahrnehmung dessen, was eine erfolgreiche Person ausmacht, die Quellen von Selbstwertgefühl und den sozialen Status) oder die Veränderung der Struktur von Institutionen und transnationalen Beziehungen. Gerade weil solche Opfer eine Menge Frustration und Widerstand mit sich bringen, ergibt sich die Frage ob die existierenden politischen Institutionen fähig sind, diese auf einem Niveau zu halten, so dass die notwendigen Änderungen stattfinden können. Diese Frage richtet sich insbesondere auch an die Politik demokratischer Gesellschaften, in denen die vox populi eine bedeutende Rolle spielt. Jedoch sollte angemerkt werden, dass selbst autoritäre (wie Iran) oder moderat totalitäre Regime (wie die derzeitige chinesische Regierung) von diesen Überlegungen nicht ausgeschlossen sind. Als Beispiel dafür können deren Zurückhaltung beim Abbau von Subventionen für Treibstoff oder Nahrungsmittel gelten, obwohl diese Ausgaben ihre Haushalte schwer belasten und zu einer erheblichen Verschwendung begrenzter Ressourcen, insbesondere von Öl, beitragen.

Bisher haben sich alle politischen Systeme, aber insbesondere Demokratien, als unfähig erwiesen, auf die genannten Herausforderungen zu reagieren und die notwendigen Opfer zu erbringen. Die von ihnen vorgenommenen Anpassungsmaßnahmen bleiben weit hinter dem Notwendigen zurück, und als Folge ist die Anhäufung überfälliger Korrekturen und Veränderungen zunehmend problematisch. Demokratische Nationalstaaten unterstützen und subventionieren de facto eine Kultur, in der jeder ein individuell motorisiertes Fahrzeug besitzt, welches von endlichen Energieformen angetrieben wird und so zu den Klimaproblemen beiträgt. Es gibt kein Manhattan-Projekt zur Entwicklung alternativer Energieformen (z. B. wasserstoffbetriebene Motoren oder Batterien). Investitionen in öffentliche Verkehrsmittel bleiben weit hinter den Investitionen im Straßenbau zurück, was größtenteils dem privaten Autoverkehr zugute kommt. Zudem ist die Besteuerung derjenigen, die Kohlendioxid emittieren und nicht erneuerbare Energieressourcen konsumieren zu niedrig, was an der Tatsache sichtbar wird, dass diese Steuern nur sehr begrenzte Auswirkungen auf den Verbrauch dieser Ressourcen haben. Da diese Punkte jedoch wohlbekannt sind, werde ich darauf nicht weiter eingehen.

Obwohl Demokratien anscheinend Probleme dabei haben, in Erwartung einer Krise die notwendigen Ressourcen aufzubringen, sind sie nach deren Eintreten dazu sehr wohl in der Lage. In einigen Ländern lies sich dies bereits nach einem militärischen Angriff beobachten (z. B. in Großbritannien und den USA im Zweiten Weltkrieg), der nicht überraschend erfolgte, sondern

nachdem viele andere Demokratien bereits überwältigt wurden. In diesen Fällen erlitten die Demokratien große Verluste, weil die Mobilisierung erst auf den erfolgten Angriff hin geschah und sich über Jahre hinzog. Ferner kann argumentiert werden, dass bei einer frühzeitigen Mobilisierung in Erwartung eines Angriffs dieser vielleicht nicht stattgefunden hätte. Insgesamt gesehen ist es schwierig, Beispiele für eine ausreichende Mobilisierung von Demokratien in Friedenszeiten aufzuzeigen – insbesondere im Hinblick auf die Art von Herausforderungen, denen sie heute gegenüberstehen.

Diese Herausforderungen sind in besonderem Maße kritisch, da sie nicht plötzlich und dramatisch auftreten, sondern sich langsam entwickeln und verstärken. Sogar unter Experten gibt es erhebliche Meinungsunterschiede darüber, wie adäquate Reaktionen aussehen könnten. Darüber hinaus erfordern diese Probleme eine konzentrierte globale Zusammenarbeit. Daraus folgt, dass niemand gewinnt, wenn nur einige Nationen Opfer bringen und andere nicht. Wenn beispielsweise Industrieländer ihren Energieverbrauch und damit ihre Kohlendioxidemissionen senken, Entwicklungsländer aber mehr Energie verbrauchen und zusätzliches Kohlendioxid ausstoßen, würde das zwar die ungleiche globale Ressourcenverteilung mildern, deshalb aber nicht weniger schädlich sein.

Eliten können einige Entscheidungen unter sich treffen und tun dies auch. Die EU-Kommission handelt oft unmerklich und schließt Vereinbarungen mit anderen Staaten ohne oder mit nur geringer öffentlicher Wahrnehmung; sie interpretiert Verträge so, dass die eigenen unilateralen Interessen gestärkt werden und umgeht so der Aufsicht von und Verantwortlichkeit gegenüber dem schwachem Europäischen Parlament und der Öffentlichkeit. Zentralbanken treffen ihre Entscheidungen selbstständig, ohne öffentliche Anhörung oder effektive Aufsicht durch staatliche Kontrolleure. Oberste Gerichte sind oft gleichfalls dem öffentlichen Konsens weit voraus (oder hinken ihm hinterher). Es ist allerdings aufgrund der Bandbreite, des Ausmaßes und der Tiefe der notwendigen Änderungen, die zur Bewältigung der angehäuft und überfälligen Anpassungen erforderlich sind, kaum vorstellbar, dass diese in solch grundlegend

undemokratischen Formen durchgeführt werden können. Die genannten Institutionen erleben, dass wenn sie sich zu weit von der Öffentlichkeit entfernen, ihre Kompetenzen beschränkt oder ihre Zusammensetzung geändert wird. Die Tatsache, dass Nationen vor dem Zweiten Weltkrieg anders handeln konnten, ist hier nicht relevant. Wir leben in einer Zeit, in der durch die Verbreitung von Bildung und Kommunikationsmöglichkeiten die Beteiligung der Bevölkerung an der Politik im Allgemeinen zwar schrittweise, insgesamt aber doch deutlich zugenommen hat. Heutzutage kann die notwendige Legitimation politischen Handelns und wichtiger Entscheidungen nicht ausgesetzt werden.

Eine umfassende und breite Informierung der Öffentlichkeit, von der Art wie Al Gore sie vorgemacht hat, kann zur Akzeptanz der notwendigen Schritte für einen Wandel beitragen. Mit bedeutenden und respektierten Personen besetzte Kommissionen, wie im Falle der US-amerikanischen 9/11 Commission, können dazu beitragen, Unterstützung für die erforderlichen Politiken zu sichern. Dies gilt ebenso für von beiden (in Zwei-Parteien-Systemen) bzw. von vielen Parteien getragene Kommissionen, wie sie in den USA unter Reagan zur Reform des Sozialversicherungssystems genutzt wurden oder wie sie heute noch bezüglich der Schließung von US-Militärstützpunkten tätig sind. Um die nun notwendigen und weitaus größeren Richtungsänderungen umzusetzen – beispielsweise die Abkehr von auf individuellen Autoverkehr angewiesenen, zerstreuten Siedlungsformen hin zu dichteren Strukturen, die auf öffentlichen Verkehrsmitteln, Laufen und Radfahren basieren – kann eine Regierung der nationalen Einheit notwendig sein – zumindest im Bezug auf die grundlegenden Übergänge.

All dies mag zu wenig sein, denn Anpassungen neigen dazu, hinter den notwendigen Änderungen zurückzubleiben. Der Beitrag sollte dennoch illustrieren, dass die Herausforderungen, die vor uns liegen, nicht bloß ökologischer, technischer oder ökonomischer Natur sind, sondern ebenso die Öffentlichkeit betreffen und sowohl politisch, als auch normativ sind.